

REGIERUNGSRATS-ERSATZWahl VOM 28. FEBRUAR 2016

Patrick Gsteiger in den Regierungsrat!

Die kantonalen EVP-Delegierten haben Grossrat Patrick Gsteiger aus Eschert mit grossem Applaus als Kandidat für die Regierungsratsersatzwahl vom 28. Februar 2016 nominiert. Ziel ist es, den garantierten Sitz des Berner Juras in der Regierung zu erobern.

Die EVP ist überzeugt, dass eine Beteiligung der politischen Mitte im Regierungsrat überfällig und für den Kanton Bern wichtig ist. Die Einbindung aller massgebenden Kräfte in die Regierung ist eine zentrale Voraussetzung, um den bestehenden Spannungen zwischen Parlament und Regierung entgegenzuwirken und den Kanton Bern vorwärts zu bringen. Folgerichtig lautet der EVP-Wahlslogan:

«Lösungen statt Blockaden – Bern braucht die Mitte!»

Mit 20 Jahren Erfahrung als



Gemeinde-, Regional- und Kantonalpolitiker und als Unternehmer bringt Patrick Gsteiger beste Voraussetzungen für ein Regierungsratsamt mit. Als Mittepolitiker und Romand ist er der ideale Brückenbauer zwischen den verschiedenen politischen Lagern und Sprachregionen. Der 48-jährige Familienvater ist seit 2006 Mitinhaber und Co-Geschäftsführer von ECE SA, einem Ingenieur- und Beratungsbüro im Bereich Energietechnik. Zuvor arbeitete er als Kantonspolizist und Regionalfahnder sowie 2003–2006 als vollamtlicher Sekretär des Regionalrats Berner Jura und Welsch-Biel. Politische Erfahrung erwarb er



Patrick Gsteiger nimmt nach seiner Nominierung die Gratulation von EVP-Kantonalpräsidentin Christine Schnegg entgegen.

sich ab 1995 im Gemeinderat von Perrefitte. Von 1998 bis 2006 war er Gemeindepräsident. Seit 2010 politisiert er im Grossen Rat und ist Mitglied der parlamentarischen Sicherheitskommission. Offiziell unterstützt wird die Kandidatur von Patrick Gsteiger von den anderen Mitteparteien

glp und CVP. Das Medienecho zeigt, dass die Kandidatur von Patrick Gsteiger ernst genommen wird. Ein Mitte-Sitz im Regierungsrat scheint nicht unmöglich - mit vereinten Kräften kann eine Überraschung gelingen!

Ruedi Löffel / Philippe Messerli

28. FEBRUAR 2016:

Entscheiden Sie mit!



Am 28. Februar finden eine für den Kanton Bern entscheidende Regierungsrats-Ersatzwahl sowie wichtige Sachabstimmungen statt.

Die Ausgangslage für die EVP ist besser als üblich: Zwei SP-Regierungsräte treten zurück. SP und SVP erheben je Anspruch auf beide Sitze. Ein Sitz ist der garantierte Sitz für den Berner Jura, bei dem das Abschneiden in dieser Region zusätzlich gewichtet wird. Die EVP präsentiert mit Grossrat

und Unternehmer Patrick Gsteiger einen im Berner Jura gut bekannten Kandidaten, den auch die anderen Mitteparteien glp und CVP unterstützen. Der Wählendenanteil der drei Parteien rechtfertigt einen Sitz in der Regierung, der auch für eine ausgewogenere Regierung sorgt. Unterstützen Sie darum Patrick Gsteiger! Ein Interview mit Patrick Gsteiger sowie eine Präsentation der kantonalen und nationalen Abstimmungen finden Sie auf Seiten 3 und 4.

Christof Erne

Parolen zum 28. Febr. 2016

	Prämienverbilligungen	
	Hauptvorlage	NEIN
	Eventualantrag	JA
	(plus Eventualantrag ankreuzen)	
	Laborgebäude Uni Bern	JA
	Initiative für Ehe und Familie	JA
	Durchsetzungsinitiative	NEIN
	Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation	JA
	2. Gotthard-Strassentunnel	NEIN

Infos: www.evpppe.ch/abstimmungen

Unterstützungs-Komitee

Beitrittsformular und weitere Informationen zum Komitee «Patrick Gsteiger in den Regierungsrat» unter: www.evp-be.ch.

Heisser Start ins 2016

Während wir den kalten Wintertagen trotzen, dürfen wir uns auf einen heissen Wahlkampf für die zwei freierwerden-Regierungsratssitze freuen. Mitten drin in dieser Ausmarchung befindet sich mit dem Bernjurassier Patrick Gsteiger auch ein EVP-Kandidat. Erstmals hat ein EVP-Vertreter eine reelle Chance, in die kantonale Exekutive gewählt zu werden. Dem Berner Jura steht ein garantierter Sitz zu. Spätestens bei einem möglichen zweiten Wahlgang könnte sich eine Mitte-Kandidatur durchsetzen. Als einziger Kandidat zwischen dem linken und rechten Lager wird Patrick Gsteiger dabei unter anderem von den Mitteparteien glp und CVP offiziell unterstützt. Andere Gruppierungen haben sich leider anders entschieden. So hat der Baumeisterverband des Berner Juras, noch bevor alle Kandidaturen bekannt waren, einem ehemaligen Informatikunternehmer aus der SVP die Unterstützung zugesichert. Und dies, obwohl Patrick Gsteiger Mitinhaber eines in der Baubranche tätigen KMU ist! Um dieses kleine Malheur auszugleichen und um die Wahlchancen von Patrick Gsteiger aufrecht zu erhalten, hoffe ich, liebe Leserinnen und Leser, auf Ihre Unterstützung. Jede Stimme zählt! Nicht nur Ihre eigene Stimme ist wichtig, sondern auch diejenige des Nachbarn, Arbeitskollegen oder Sportpartners. Erster Wahltag wird der 28. Februar sein. Ich freue mich bereits jetzt auf einen spannenden Wahlsonntag und hoffe auf einen zweiten Wahlgang!



Silas Liechti
Vize-Präsident EVP Kanton Bern

GEMEINDEWAHLEN 2015

EVP weiter im Aufwind

Nebst den nationalen Wahlen fanden 2015 auch diverse kommunale Wahlgänge statt. Die EVP konnte alle bisherigen Mandate halten sowie in mehreren Gemeinden Sitze zulegen.

Besonders erfolgreich war die EVP in Biglen. Sie avancierte mit ihren 24,9% Wählendenanteil bei

der Wahl in die Bildungskommission zur stärksten Partei überhaupt und liess die vier anderen Parteien hinter sich. Weitere Erfolgsmeldungen lieferten unter anderem Seftigen, Studen und Zäziwil, wo die EVP erstmals in den Gemeinderat einziehen konnte. Mit diesen drei neuen Exekutivmandaten stellt die EVP im Kanton Bern neu 37 Gemeinderatsmitglieder.

Die hier abgebildeten EVP-Persönlichkeiten setzen sich nach ihrer Neu- oder Wiederwahl zusammen mit vielen anderen EVP-Leuten auf kommunaler Ebene für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ein.

Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindevahlen
EVP BE

Bätterkinden		Biglen		Lotzwil					
Daniel Bonomi Finanzkommission (bisher)	Thomas Kellenberger Tiefbaukommission (neu)	Claudia Kuhnert Kommission für Soziales (neu)	Angelika Gerber Bildungskommission (neu)	Margrit Hofer Gemeinderat (bisher)	Johanna Zaugg Schulkommission (neu)				
Seftigen		Studen		Uetendorf		Utzenstorf		Zäziwil	
Sandra Stettler Gemeinderat (neu)	Stefan Gerber Gemeinderat (neu)	Daniel Würsten Gemeinderat (bisher)	Matthias Niklaus Baukommission (neu)	Simon Gisin Jugendkommission (neu)	Christoph Iseli Gemeinderat (neu)				

Sitze und Wählendenanteile in Zahlen

Aegerten:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste.
Bätterkinden:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / 7,8% (+1,6%); Kommissionssitze: 3 (+1).
Biglen:	Bildungskommission: 1 (+1) / 24,9% (+12,1%).
Bremgarten:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / 1,9% (+1,9%).
Lengnau:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / 6,7% (+3,0%).
Lotzwil:	Gemeinderat: 1 (+/-0) / 21,0% (+1,0%); Schulkommission: 1 (+/-0) / 23,8% (+3,8%).
Pieterlen:	Schulkommission: 0 (+/-0) / 6,2% (+ 6,2%).
Seftigen:	Gemeinderat: 1 (+1) / überparteiliche Liste.
Studen:	Gemeinderat: 1 (+1) / überparteiliche Liste.
Uetendorf:	Gemeinderat: 1 (+/-0) / 11,6% (-3,4%).
Utzenstorf:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / 2,9% (-1,1%); Kommissionssitze: 2 (+2).
Wichtrach:	Gemeinderat: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste.
Zäziwil:	Gemeinderat: 1 (+1) / stille Wahlen.

Lösungen statt Blockaden – Bern braucht die Mitte

EVP-Grossrat Patrick Gsteiger bewirbt sich um den frei werdenden garantierten Sitz des Berner Juras in der Kantonsregierung. Er wird von zwei weiteren Mitteparteien unterstützt und stellt hier seine Anliegen vor.

Du hast bereits 2010 für den Regierungsrat kandidiert. Was motiviert dich, dich erneut zur Wahl zu stellen?

2010 waren die Ausgangslage und auch meine Motivation eine ganz andere. Damals ging es in erster Linie darum, die EVP im Berner Jura bekannt zu machen und einen welschen Sitz im Grossen Rat zu erringen. Meine Regierungskandidatur trug zur Erreichung dieser Ziele bei. Heute, da ich über eine fünfjährige Parlamentserfahrung sowie über ein wichtiges politisches Netzwerk verfüge und zudem von den anderen Mitteparteien unterstützt werde, ist meine Kandidatur noch glaubwürdiger. Warum also nicht eine Überraschung schaffen?!

Was sind deine Stärken? Was zeichnet dich für das Regierungsamt aus?

Ich bin überzeugt, dass meine verschiedenen Erfahrungen aus Beruf und Politik mir bei der Führung einer kantonalen Direktion sehr nützlich sein werden. Seit über 20 Jahren bin ich auf kommunaler, regionaler und kantonal-er Ebene politisch aktiv. Meine dreijährige Tätigkeit als Sekretär des Regionalrates Berner Jura und Welsch-Biel hat mir ermöglicht, die Strukturen der kantonalen Verwaltung besser kennenzulernen und mir ein dichtes Beziehungsnetz aufzubauen. In meiner rund fünfzehnjährigen Tätigkeit bei der Kantonspolizei, u. a. auch als Fahnder, habe ich gelernt, Führungsverantwortung unter erschwerten Bedingungen zu übernehmen. Als Geschäftsführer einer Ingenieur-Beratungsfirma im Bereich Energietechnik bin ich täglich herausgefordert, mit verschiedenen Leuten und



spezialisierten Teams zusammenarbeiten und Projekte zu realisieren.

«Lösungen statt Blockaden – Bern braucht die Mitte!» lautet der Wahlslogan der EVP.

Was würde sich mit deiner Wahl in der Regierung ändern?

Der Kanton Bern leidet sehr stark unter der politischen Diskrepanz zwischen der mehrheitlich rot-grünen Regierung und dem bürgerlichen Parlament. Blocka-

den gehören zum politischen Alltag. Als Mitverteiler wäre ich dazu prädestiniert, Brücken zu schlagen zwischen den politischen Blöcken und den Sprachregionen sowie konkreten Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. Politisch werde ich mich klar gegen die Absichten der bürgerlichen Rechten stellen, welche um jeden Preis die Steuern für bestimmte Kreise senken will und dabei in Kauf nimmt, dass Leistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales abgebaut werden.

Wie stufst du deine Wahlchancen ein?

Bei Wahlen haben die EVP und die Mitteparteien naturgemäss nicht derart viel Gewicht. Ich bin aber guter Hoffnung, die Wählerinnen und Wähler davon überzeugen zu können, dass die Regierung durch die Beteiligung eines Mitropolitikers gestärkt und auf ein breiteres Fundament gestellt wird.

Interview: Philippe Messerli

VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. FEBRUAR

Neues Laborgebäude

An der Murtenstrasse 20–30 in Bern soll ein neues Laborgebäude für die Rechtsmedizin und die Klinische Forschung der Uni Bern entstehen.

Obwohl die Vorlage im Grossen Rat völlig unbestritten war (0 Nein-Stimmen), ergriffen Tierschutzkreise das Referendum dagegen, weil im neuen Gebäude die Haltung von Versuchstieren für die klinische Forschung vorgesehen ist. Die EVP-Fraktion unterstützt den Kredit. Wir finden es verfehlt, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, Tierversuche könnten mit der

Ablehnung des Baukredits verhindert werden. In erster Linie werden im neuen Laborgebäude zwei medizinische Forschungsgebiete konzentriert. Die Rechtsmedizin ist heute auf sieben und die klinische Forschung auf elf Standorte verteilt. Das neue Laborgebäude ermöglicht Synergien und zeitgemässe Arbeits- und Forschungsbedingungen.



Barbara Streit

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin

VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. FEBRUAR

Prämienverbilligung

Das Berner Volk stimmt über eine vom Grossen Rat vorgeschlagene Änderung zum Vollzug der individuellen Prämienverbilligung ab. Als wesentliche Änderung in der Hauptvorlage wird das sogenannte Leistungsziel, dass 25–45 % der bernischen Bevölkerung eine Prämienverbilligung erhalten sollen, aus dem Gesetz gestrichen. Dieses Ziel sagt aber nichts über die eingesetzten Mittel und den Betrag, den Einzelne erhalten. Daher könnte es sich sogar kontraproduktiv auswirken. Der Eventualantrag will neben dem Leistungsziel auch

eine Indexierung des Kantonsbeitrags. Damit ist die Mittelhöhe in der aktuellen Sparhysterie zumindest abgesichert. Die EVP hat immer wieder ein besser austariertes Verteilungssystem gefordert. Sie empfiehlt, dem Eventualantrag zuzustimmen (inkl. Stichfrage) und die Hauptvorlage abzulehnen.



Hans Kipfer

Hans Kipfer, Grossrat

Durchsetzung ohne Mass

Die Initianten der Ausschaffungsiniziativa haben in Sorge um eine mögliche Verwässerung ihrer Initiative 2013 die Durchsetzungsiniziativa eingereicht. Ein überflüssiger Eingriff in einen heiklen Gesetzgebungsprozess.

Das Parlament hat das Gesetz zur Umsetzung der Ausschaffungsiniziativa nämlich fertig beraten und sich dabei weitgehend an den Inhalt der Ausschaffungsiniziativa gehalten. Neu sollen bestimmte von Ausländern verübte Straftaten eine «automatische Ausweisung» zur Folge haben. Die bedeutendste Differenz zwischen dem verabschiedeten Gesetz und der Durchsetzungsiniziativa findet sich in der

Härtefallklausel, die bestimmt, dass Richter in schweren persönlichen Härtefällen von einer Ausschaffung absehen können. Weil das Parlament entschied, die Härtefallklausel beizubehalten, beschloss die SVP die Durchsetzungsiniziativa nicht zurückzuziehen. Die Initiative untergräbt die Gewaltentrennung und verstösst gegen tragende Grundsätze unserer Verfassung, weil sie einen Automatismus enthält, der keine Einzelfall- und Verhältnismässigkeitsprüfung zulässt.



Marianne Streiff

Marianne Streiff
Nationalrätin

Keine Heiratsstrafe mehr

Die CVP-Initiative will die sogenannte Heiratsstrafe – die diskriminierende Regelung gegenüber verheirateten Paaren im Steuerrecht und bei den Sozialversicherungen – endlich aufheben.

Heute bezahlen Ehepaare im Vergleich zu Konkubinatspaaren bei gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen mehr Steuern und erhalten erst noch tiefere AHV-Renten. Ein verheiratetes Rentnerpaar bekommt eine Maximalrente von 150% ausbezahlt. Ist das gleiche Paar unverheiratet, erhält es beide Renten in voller Höhe, also 200%. Das Bundesgericht hat die Benachteiligung von Verheirateten bereits 1984 unmissverständlich

gerügt. Geschehen ist seither jedoch wenig! Noch immer sind etwa 80 000 Ehepaare in der Schweiz von der Heiratsstrafe betroffen. Die EVP fordert die Abschaffung dieser Ungerechtigkeiten in ihrem Parteiprogramm. Mit einem Ja zur Initiative wird der Grundsatz der Nicht-Benachteiligung von Ehepaaren in die Verfassung festgeschrieben. Bundesrat und Parlament würden beauftragt, endlich gerechte Lösungen zur Abschaffung der Heiratsstrafe zu erarbeiten und in Kraft zu setzen.



Christine Schnegg

Christine Schnegg, Grossrätin

Nein zur 2. Gotthard-Röhre

Bei der Abstimmung zur «Sanierung des Gotthard-Strassentunnels» geht es um den geplanten Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels.

Mit der zweiten Röhre soll während den Sanierungsarbeiten die Verbindung ins Tessin gewährleistet bleiben. Der Bundesrat will zwar gesetzlich garantieren, dass nach Abschluss der Sanierung die beiden Röhren nur einspurig in je einer Richtung befahren werden sollen. Trotzdem wird mit dem Bau einer zweiten Röhre eine potenzielle Kapazitätserweiterung geschaffen, auch



Martin Aeschlimann

wenn diese vorerst nicht genutzt werden soll. Damit kollidiert das Bauvorhaben direkt mit dem Alpenschutzartikel der Verfassung, der eine Kapazitätserweiterung am Gotthard verbietet. Der Bundesrat kann nicht garantieren, dass nicht zukünftige politische Entscheide eine vierspurige Öffnung ermöglichen. Mit einem Nein kann verhindert werden, dass nicht dereinst der Alpenschutz durch die Hintertüre ausgehebelt wird. Eine Öffnung beider Tunneln würde zudem die Verlagerungsziele des Güterverkehrs und die milliardenschweren Investitionen in die NEAT untergraben. Die EVP lehnt einen solchen Kapazitätsausbau auf Vorrat ab. Denn die Erfahrung lehrt uns, dass jeder Ausbau von Strassen neuen Verkehr anzieht.

Martin Aeschlimann, Grossrat

Mit dem Essen nicht spielen

Die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» will Banken und Vermögensverwaltern verbieten, in Finanzinstrumente zu investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen.

Zudem wird der Bund beauftragt, sich für die weltweite Bekämpfung der Nahrungsmittelspekulation einzusetzen.

Die EVP unterstützt diese Forderungen aus Überzeugung. Spekulative Börsengeschäfte mit Nahrungsmitteln sind mitverantwortlich für den Hunger und das Elend von Millionen von Menschen. Für die Schweiz wäre

ein Spekulationsverbot wirtschaftlich verknäpft, zumal sich die Initiative an bestehenden Regulierungen in den USA und der EU orientiert. Selbstverständlich können wir den Missstand der Nahrungsmittelspekulation nicht alleine lösen. Unser Land ist jedoch besonders gefordert, weil es beim Handel mit Nahrungsmitteln eine globale Spitzenposition einnimmt und entsprechend Einfluss hat.

Marc Jost, Grossratspräsident



Marc Jost



Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert?
Dann melden Sie sich bei:
Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindefürsprecher EVP BE
lukas.zimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

Finanzen, Asylwesen und Gesundheit

Finanzielle Fragen standen im Zentrum der letzten Grossratssession des vergangenen Jahres. Doch auch die Asyl-, Spital- und Familienpolitik gab zu reden.

Bei der Beratung des Budgets 2016 betonte **Hans Kipfer**, dass



Hans Kipfer

der Rat nach einschneiden den Sparmassnahmen Handlungsraum nicht zulasten der Schwächsten schaffen dürfe und dass Privilegien die Solidarität im

Kanton schwächen würden. Die auch von der EVP unterstützten Anträge der Finanzkommission zur Plafonierung der Nettoinvestitionen und zur Kostenobergrenze für den Sachaufwand wurden angenommen. Die EVP setzte sich für die Schaffung eines Nationalbank-Gewinnausschüttungsfonds ein. **Barbara Streit** betonte, dass ein klarer Rahmen von 250 Mio. Fr.



Barbara Streit

und eine Befristung bis 2023 besteht und die Schuldenbremse stets erste Priorität hat. Die Schaffung des Fonds wurde mit einem Kompromissantrag der EVP angenommen: Je die Hälfte kommt dem Schuldenabbau und der laufenden Rechnung zu, damit der Schutz der Schwachen berücksichtigt wird.

Asylpolitik

Verschiedene Vorstösse befassten sich mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und den Kosten für die Gemeinden.

Markus Wenger betonte, dass das Migrationsamt sehr wohl seine Verantwortung wahrnehme und Ausdauer zeige im Suchen von Lösungen zur Unterbringung und Finanzierung. Dass einzelne Gemeinden



Markus Wenger

durch Unterkünfte und Integrationsarbeit finanziell mehr belastet werden, bedeutet für **Patrick Gsteiger** nicht, dass der Kostenverteiler geändert werden muss. Vielleicht könnte aber ein Ausgleichssystem unter den Gemeinden Abhilfe schaffen. Zur geforderten Kontrolle des Flüchtlingsstatus an der Grenze hatte Gsteiger klare Worte: «Wie sollen Grenzwächter direkt an der Grenze Wirtschaftsflüchtlinge und echt Verfolgte trennen können? Das ist nur im Laufe eines Asylverfahrens möglich. Der Vorschlag ist nicht praktikabel.»

Spitalstandortinitiative

Die Beratung von Initiative und Gegenvorschlag wurde auf Antrag der zuständigen Kommission verschoben, da kurz vor Sessionsbeginn zwei neue Gegenvorschläge eingereicht wurden. **Melanie Beutler-Hohenberger** betonte, dass das komplexe

Problem der Gesundheitsversorgung ein weitsichtiges Überdenken der Spitallandschaft und der medizinischen Versorgung erfordere. Die EVP lehnt Initiative und Gegenvorschlag ab und befürwortet einen Marschhalt zur vertieften Analyse.



Melanie Beutler

Familienpolitik

Christine Schnegg forderte in einer Motion, dass der Regierungsrat in seinem nächsten Bericht zum Familienkonzept eine Strategie sowie die Umsetzung der geplanten Massnahmen aufzeigt. Der Vorstoss wurde ohne Diskussion angenommen.



Christine Schnegg

Christine Grogg-Meyer
Grossrätin

EVP KANTON FREIBURG

Personalsuche im Zentrum

Die EVP Kanton Freiburg sieht sich gezwungen, aus Mangel an Kandidierenden auf die Beteiligung an den Gemeindewahlen 2016 zu verzichten.

Eigentlich hätten die Nationalratswahlen als Sprungbrett für die Gemeindewahlen dienen sollen. Nach intensiver Suche und vielen Telefonaten entschlossen sich die Wahlverantwortlichen aber zu diesem Schritt. Nach dem guten Abschneiden bei den Nationalratswahlen bedeutet dies etwas überraschend, dass die EVP per 2016 wohl alle Par-

lamentssitze im Kanton Freiburg verlieren wird. Geprüft wird als kleiner Lichtblick bloss eine Kandidatur in Wallenried/Courtepin.

Misglückte Wahlstrategie

Drei Sitze gingen bei den vorgezogenen Gemeindewahlen im November 2015 in Murten und Sugiez/Vully verloren – trotz guter Perspektiven in Murten. Möglicherweise brach der EVP die gemeinsame Liste mit der CVP das Genick. Unsere Kandidierenden gingen in der Gesamtliste unter. Ein weiterer Sitz wird mangels Kandidaturen in

Wünnewil-Flamatt verloren gehen. Nichtsdestotrotz dankt die Kantonalpartei allen Behördemitgliedern und Kandidierenden für ihre Mitarbeit!

Vorstand konsolidieren

Die EVP Kanton Freiburg (www.evpev-fr.ch) steht praktisch vor einem Neuanfang. Der Vorstand ist auf drei Mitglieder geschrumpft. Vordringliche Aufgabe in nächster Zeit ist darum, engagierte Personen für den Vorstand zu finden, um die Partei wieder auf eine solide Basis zu stellen.

EVP FR

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevpev@evp-be.ch

Inserate:

Jordi AG, Belp
Christian Aeschlimann, Tel. 031 818 01 42
christian.aeschlimann@jordibelp.ch
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Pf 294, 3000 Bern 7
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Werner Rieder, Postfach 294
3000 Bern 7; werner.rieder@evppev.ch

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.–;
Freunde/Gönner:
Fr. 3.–
Postcheck 30-20312-1
(EVP)



Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port
www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

Besuch im Haus der Religionen

Das Frauennetzwerk der EVP Kanton Bern lud ein zur Besichtigung des Hauses der Religionen in Bern, zu einem Referat einer Muslimin und einer Andacht eines reformierten Pfarrers.

Das Haus der Religionen dient seit Dezember 2014 dem interreligiösen Austausch und ermöglicht das Nebeneinander von fünf verschiedenen Religionsgemeinschaften. Es enthält Sakralräume für Aleviten, Buddhisten, Christen, Muslime und Hindus.

Im Referat «Musliminnen in der Schweiz – Herausforderungen und Empowerment» sprach die Islam-, Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin Esmal Ismailovic über die Bereiche Familienleben/Ehe, Kopftuch/Kleidung und Alltag/Öffentlichkeit. Die fortschrittliche und «emanzipierte» Muslimin betonte mehrmals, dass sie von sich spreche und viele andere Musliminnen einen anderen Lebensstil haben. Danach besuchten die EVP-Frauen die christliche Kirche der

ökumenischen Gruppe aus acht Kirchen und 50 Einzelmitgliedern. Diese Kirche steht offen für Taufen, Hochzeiten und Familienfeste. Hier feiern die Äthiopier und einmal im Monat die Herrnhuter Brüdergemeine ihre Gottesdienste. Im schlichten Raum mit einer Wandorgel mit wunderbarer Akustik hielt Pfarrer Philipp König von der Reformierten Kirche Bümpliz eine Andacht. «Es ist gut auf Gott zu vertrauen, es ist gut auf Gott zu hoffen» (Bonum est confidere). Dieses Lied stammt aus dem Mittwochmittagsgebet und beinhaltet mehrere Lieder, eine Liturgie zu Psalm 121, Seligpreisungen (Matth. 5,3–12), einen Fürbitteteil und das Unservater. Damit beendete das Frauennetzwerk seine interessante Besichtigung. *Susanne Gutbrod-Kunkler*

Königinnentreffen in Thun

Am 6. Januar trafen sich die EVP-Frauen und Interessierte zum 3-Königinnen-Treffen. Das Frauennetzwerk der EVP Kanton Bern lädt jeweils zusammen mit einer Sektion zu diesem Event ein.

Zum Aufwärmen boten die Einladenden aus Thun und Umgebung neben heiss Dampfendem aus der Küche auch Bewegung auf dem Trampolin an. Bewegung und Gelenkigkeit sei allzeit wichtig fürs gute Wohlbefinden, auch im Alter. Dies das Fazit der angehenden Trampolininstruktorin und begeisterten Trampolinanwenderin Andrea Kipfer.



Begrüssung auf dem Trampolin.



Margret von Bergen

Die Referentin Margret von Bergen stellte die Frage in den Raum: «Was heisst für mich Lebensqualität?» Die Pflegefachfrau in Altersbetreuung und Pflege hatte sich in einer Weiterbildung intensiv mit Palliative Care befasst. Dazu brachte die Alt-Gemeinderätin aus Uetendorf die Aspekte zu Philosophie, Politik und Ethik zur Sprache. Palliative Care fordere Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und von der Politik auch Finanzen, resümierte sie und wies auch auf Patientenverfügung und -vollmacht hin. *Susanne Gygax*

Der Ton macht die Musik

Danke auch an dieser Stelle nochmals für alle Unterstützung bei den Parlamentswahlen 2015. Dass Maja Ingold (EVP, ZH) und ich nach einem äusserst intensiven Wahljahr wieder gewählt sind, verdanken wir einer aktiven, soliden und treuen EVP-Basis.

Gleich nach den Wahlen galt es für mich als EVP-Präsidentin, bestmögliche Voraussetzungen für eine künftige Fraktionsgemeinschaft in der politischen Mitte auszuhandeln. Aus den vielen Gesprächen mit mehreren Präsidien resultierte der Verbleib bei der CVP, was für uns ganz klar die Wunschlösung war. Die Legislatur startete mit der feierlichen Vereidigung des Parlamentes, umrahmt von einem überparteilichen Ad-hoc-Streichquartett, in dem Maja Ingold die Bratsche spielte. Cellistin war die neue Ratspräsidentin Christa Markwalder. «C'est le ton, qui fait la musique» betonte sie, und das gelte auch in der Politik. Nach dem kaum überraschenden Ergebnis der Bundesratswahlen war die Hoffnung gross, dass sich der zweite SVP-Bundesratssitz mässigend auf die SVP und auf ihren Ton auswirken würde. Doch

einen Tag nach der Wahl, in der Sonderdebatte zur Flüchtlingskrise, war die SVP bereits wieder aggressiv und ungehobelt. Das wollen viele so nicht mehr einfach hinnehmen. So auch der als besonnen und zurückhaltend geltende Ständerat Hans Stöckli, der in wenigen Stunden fast alle Ständeräte (eine Premiere!) zum Unterschreiben eines Manifestes gegen die SVP-Durchsetzungsinitiative brachte. Ausführliche Berichte über die für uns wichtigen Inhalte der Session finden Sie im Sessionsbericht der EVP-Nationalrätinnen unter dem Link: www.evppv.ch/politik/ausdem-parlament.



Marianne Streiff-Feller

Marianne Streiff, Nationalrätin

AGENDA

Volksabstimmungen und Ersatzwahl Regierungsrat
28. Februar 2016

Delegiertenversammlung EVP Kanton Bern

5. März 2016, 10.00 Uhr
Aula Primarschule Blindenmoos in Schliern (Köniz)

Märzsession Grosser Rat
14.–24. März 2016

Delegiertenversammlung EVP Schweiz

2. April 2016, 9.30 Uhr

Kantonalvorstand EVP Kanton Bern

28. April 2016
19.30 Uhr, Nägeligasse 9, Bern

KMU-Forum EVP Schweiz
20. Mai 2016, 15.00 Uhr

Volksabstimmungen
5. Juni 2016

Junisession Grosser Rat
30. Mai bis 9. Juni

Kurz-News

■ Das von der EVP mitunterstützte Referendum gegen das sehr liberale Fortpflanzungsmedizinengesetz kam zustande.

■ Eine Polittagung der EVP Schweiz befasste sich mit der Asylpolitik und mit Zukunftsstrategien der EVP.

■ Die EVP-Mitglieder Renate Löffel in Münchenbuchsee und Hansulrich Bourquin in Lyss präsidierten 2016 das Gemeindeparlament.

■ Paul Blösch, einst Bieler Stadtrat, ist Nachfolger des nach elf Jahren zurückgetretenen Nidauer Stadtrats Peter Lehmann.

■ Die EVP Ostermündigen unterstützt die Initiative «Bernstrasse sanieren – Verkehr optimieren» und den Gegenvorschlag, über die am 3. April abgestimmt wird.

■ Grossratspräsident Marc Jost wurde «als Vernetzer und Brückenbauer, der als Christ auftritt, ohne aufdringlich zu wirken» von der Zeitschrift «idea» zum Christen des Jahres 2015 gewählt.

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Budget, plan financier et plan des tâches

Les questions financières étaient au centre de la dernière session du Grand Conseil de l'année écoulée. D'autres thèmes ont également été abordés.



Hans Kipfer

Lors des délibérations concernant le budget 2016, Hans Kipfer a souligné que le Grand Conseil n'avait pas le droit de créer une

marge de manœuvre dans les mesures d'austérité au détriment des plus faibles et que des privièges affaibliraient la solidarité. Barbara Streit s'est engagée pour la création d'un fond de



Barbara Streit

distribution du bénéfice, limité à 250 millions de francs. Le fond a été accepté avec une proposition de compromis du PEV: la moitié de ce fond sera utilisée pour réduire la dette.

Politique d'asile

Le fait que certaines communes supportent plus de charges que d'autres pour leur travail d'intégration des réfugiés ne signifie pas pour Patrick Gsteiger, que la répartition des coûts doit



Patrick Gsteiger

être modifiée. Un système de répartition entre les communes pourrait cependant être judicieux. Quant à la sélection des réfugiés à la frontière que réclamait l'UDC, il a argumenté: «Mais comment les garde-frontières peuvent-ils trier les migrants économiques et les vrais réfugiés directement à la frontière? Ceci ne peut évidemment être fait qu'au cours d'une procédure d'asile. Le raccourci proposé est impraticable.»

Initiative sur les sites hospitaliers

Les délibérations sur l'initiative et le contre-projet ont été reportées. Deux nouveaux contre-projets ont été déposés juste avant le début de la session. Melanie Beutler-Hohenberger a souligné qu'il était essentiel de

reconsidérer fondamentalement le paysage hospitalier et les soins médicaux. Le PEV rejette l'initiative et le contre-projet et propose de stopper les démarches afin de permettre une analyse de fond.



Melanie Beutler

Politique familiale

Christine Schnegg a déposé une motion, demandant au



Christine Schnegg

Conseil-exécutif des infos concernant la stratégie et les mesures de mise en œuvre en matière de concept familial. La motion a été acceptée sans discussion.

Christine Grogg-Meyer, députée

VOTATIONS DU 28 FÉVRIER

Dépénaliser le mariage et protéger les Alpes

Le PEV dit non à l'initiative de mise en œuvre et à la construction d'un deuxième tube au Gothard, mais oui aux initiatives contre la pénalisation du mariage en droit fiscal et contre la spéculation sur les denrées alimentaires.

L'initiative «Pour le couple et la famille»: Le tribunal fédéral a aboli la pénalisation des couples mariés en 1984. Mais la législation n'a pas progressé. Avec un oui à l'initiative, la politique sera chargée d'élaborer des

solutions justes et de les mettre en œuvre.

L'initiative de mise en œuvre:

L'automatisme du renvoi requis va à l'encontre des principes constitutionnels de proportionnalité. Les juges n'auraient plus la possibilité de décider dans les cas litigieux. Cela remettrait en question la séparation des pouvoirs.

Pas de spéculation sur la nourriture:

L'initiative exige une interdiction de spéculer sur les denrées alimentaires pour



les acteurs financiers ayant leur siège ou leur établissement en Suisse. Avec un oui nous donnons un signal fort contre la maximisation des profits au détriment des plus pauvres.

Non au 2e tunnel routier du Gothard:

Un deuxième tube routier au Gothard contredit la protection des Alpes inscrite dans la Constitution. Une fois que les deux tubes seront construits, toutes les voies seront utilisées en raison de la pression nationale et internationale. L'objectif premier de

transférer les transports vers le rail serait alors torpillé.

PEV CH

Mots d'ordre du 28 février 2015		
	Réduction des primes Projet principal Projet alternatif (crochez le projet alternatif)	NON OUI
	Bâtiment de laboratoires de l'Université de Berne	OUI
	Initiative pour le couple et la famille	OUI
	Initiative de mise en œuvre	NON
	Initiative contre la spéculation sur les denrées alimentaires	OUI
	2 ^e tunnel routier du Gothard	NON
Infos: www.evppbev.ch/fr/votations		

Patrick Gsteiger au gouvernement!

Les délégués cantonaux du PEV ont nommé le député au Grand Conseil Patrick Gsteiger d'Eschert comme candidat pour l'élection complémentaire du Conseil-exécutif le 28 février. Le but est de s'emparer du siège garanti au Jura bernois.

Le PEV est convaincu qu'une participation du centre politique au sein du gouvernement est désormais essentielle et importante pour le canton de Berne. L'intégration de toutes les forces déterminantes au sein du gouvernement est un prérequis central afin de réduire les tensions entre le parlement et le gouvernement et de conduire le canton de Berne vers son futur. C'est pourquoi le slogan électoral du PEV est:

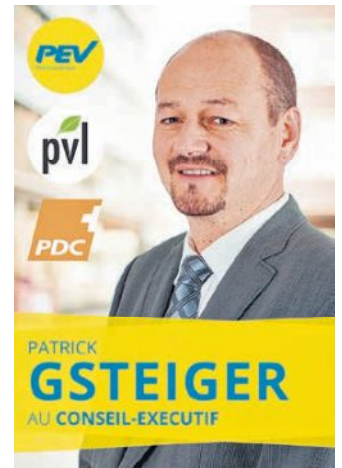
«Des solutions plutôt que des blocages – Berne a besoin du centre!»

Avec ses 20 années d'expériences en tant que politicien communal, régional et cantonal ainsi qu'en tant qu'entrepreneur, Patrick Gsteiger possède les meilleurs atouts pour accéder à une fonction gouvernementale. En tant que politicien du centre et en tant que romand, il est l'intermédiaire idéal entre les différents milieux politiques ainsi qu'entre les régions linguistiques. Ce père de famille de 48 ans est, depuis 2006, copropriétaire et co-directeur de ECE SA, bureau d'ingénieur et de conseil

dans le domaine de la technique énergétique. Auparavant, il travaillait en tant que policier cantonal et enquêteur régional, et entre 2003 et 2006 en tant que secrétaire du Conseil régional du Jura bernois et Bienne romande. Il a acquis son expérience politique dès 1995 au sein du Conseil communal de Perrefitte. De 1998 à 2006, il y fut maire communal. Depuis 2010, il siège au sein du Grand Conseil et est membre de la Commission parlementaire de la sécurité.

Une candidature sérieuse

La candidature de Patrick Gsteiger est officiellement soutenue par les Verts/libéraux et le PDC. L'écho médiatique



montre que la candidature de Patrick Gsteiger est prise au sérieux. Les chances que le centre obtienne un siège au sein du gouvernement sont minces, mais une surprise est toujours possible si nous réunissons nos forces.

Ruedi Löffel / Philippe Messerli

Des solutions plutôt que des blocages!

Patrick Gsteiger, député du PEV au Grand Conseil, pose sa candidature au siège francophone garanti au Conseil-exécutif. Il est soutenu par deux autres partis du centre et présente ses intentions dans cet interview.



Tu t'étais déjà lancé dans la course au Gouvernement en 2010. Qu'est-ce qui te motive à refaire acte de candidature?

La situation et les ambitions étaient différentes en 2010, puisqu'il s'agissait avant tout de faire connaître le PEV dans le Jura bernois et d'obtenir un siège francophone au Grand Conseil.

Ma candidature au Gouvernement m'avait aidé à réussir ce pari. Maintenant, alors que j'ai une expérience de cinq ans au Parlement, que je dispose d'un important réseau politique et que ma candidature est également soutenue par les autres partis du centre, je pense être

d'avantage crédible en 2016 et, pourquoi pas, créer la surprise.

Quels sont tes points forts? Qu'est-ce qui te qualifie pour le Gouvernement cantonal?

Je pense que différentes facettes de mon vécu, tant politique que professionnel, me seront très

utiles à la tête d'une direction cantonale. Je suis actif en politique depuis une vingtaine d'années, aux échelons communaux, régionaux, puis cantonaux. Mon poste de secrétaire du Conseil régional du Jura bernois et Bienne romande durant trois ans m'a notamment permis de mieux connaître les ficelles de l'administration cantonale. J'ai également des des qualités de conduite en situation difficile, puisque j'ai travaillé durant une quinzaine d'année au sein de la police cantonale, notamment comme enquêteur et qu'actuellement je dirige un bureau d'ingénieur-conseil dans le domaine des techniques énergétiques, et je suis appelé journallement à composer avec plusieurs intervenants et équipes spécifiques.

«Des solutions plutôt que des blocages – Berne a besoin du centre!» selon le slogan de campagne du PEV. Qu'est-ce qui pourrait changer avec ton élection?

Le canton souffre de la diffé-

rence de majorité entre l'exécutif rouge-vert et le législatif bourgeois. Les blocages politiques sont monnaie courante. En tant qu'élu du centre je pourrais créer des ponts entre les blocs politiques et les régions linguistiques du canton et arriver à réaliser des solutions concrètes. Je m'opposerai clairement aux velléités de la droite bourgeoise, qui cherche à tout prix à diminuer les impôts de certaines catégories de personnes, au risque de devoir diminuer les prestations dans la formation, la santé ou le social.

Quelles sont tes chances d'être élu?

Le poids du PEV et des partis du centre ne pèse pas forcément très lourd dans la balance électorale, mais j'ai bon espoir de convaincre les électrices et électeurs que l'engagement d'un modéré au sein du Conseil-exécutif ne pourrait que le renforcer et lui donner une assise plus grande.

Interview: Philippe Messerli